**Feststellung des Unterbleibens einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)
für das Vorhaben Errichtung und Betrieb von drei Windkraftanlagen
in 15518 Steinhöfel**

Bekanntmachung des Landesamtes für Umwelt
Vom 19. Juni 2025

Die Firma EnBW Windkraftprojekte GmbH, Schelmenwasenstraße 15 in 70567 Stuttgart, beantragt die Genehmigung nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG), auf dem Grundstück in 15518 Steinhöfel in der Gemarkung Heinersdorf, Flur 4, Flurstück 152 drei Windkraftanlagen zu errichten und zu betreiben (Az.: G08224).

Es handelt sich dabei um eine Anlage der Nummer 1.6.2 V des Anhangs 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) sowie um die Änderung eines Vorhabens nach Nummer 1.6.2 A der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG).

Nach § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 UVPG war für das beantragte Vorhaben eine allgemeine Vorprüfung durchzuführen.

Die Feststellung erfolgte nach Beginn des Genehmigungsverfahrens auf der Grundlage der vom Vorhabenträger vorgelegten Unterlagen sowie eigener Informationen.

Im Ergebnis dieser Vorprüfung wurde festgestellt, dass für das oben genannte Vorhaben keine UVP-Pflicht besteht.

Diese Feststellung beruht im Wesentlichen auf folgenden Kriterien:

Durch das Vorhaben werden hauptsächlich intensiv genutzte Ackerflächen in Anspruch genommen. Die Flächeninanspruchnahme und Bodenversiegelung wird auf das unvermeidbare Maß beschränkt und durch die Extensivierung der Nutzung eines Intensivackers sowie der Anpflanzung einer Baum-Strauch-Hecke vollständig kompensiert. Wasserhaushaltsrechtliche Belange sind vom Vorhaben nicht betroffen. Im Bereich der Zuwegung werden geringfügig Hecken und Baumreihen gefällt, sowie 30 % einer Eiche zurückgeschnitten. Diese Eingriffe werden durch Gehölzpflanzungen vollständig kompensiert. Für die Beeinträchtigungen des Schutzgutes Landschaftsbild wird eine Ersatzzahlung festgesetzt.

Das Vorhaben hat keine Auswirkungen auf die Erhaltungsziele der nächstgelegenen Natura 2000-Gebiete, das Fauna-Flora-Habitat-Gebiet „Marxdorfer Maserkütten“. Auch Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, gesetzlich geschützte Biotope sowie Naturdenkmäler sind von dem Vorhaben nicht betroffen.

Im Nahbereich und im zentralen Prüfbereich sind keine schlaggefährdeten Vogelarten vorhanden. Durch die vorgesehenen Bauzeitenregelungen sind keine negativen Auswirkungen auf Boden- und Strauchbrutvogelarten zu erwarten. Die vorgesehenen Abschaltzeiten sind geeignet, erhebliche Beeinträchtigungen der Artengruppe Fledermäuse zu vermeiden.

Durch die Umsetzung von Bauzeitenregelungen werden erhebliche Beeinträchtigungen von Amphibien und Reptilien vermieden. Zur Schutz von Reptilien werden Reptilienschutzzäune errichtet, sowie Einzelindividuen abgesammelt.

An allen maßgeblichen Immissionsorten werden die zulässigen Immissionsrichtwerte für Geräuschemissionen in der Tag- und Nachtzeit eingehalten. Es ist somit nicht mit schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche zu rechnen.

Die Einhaltung der Schattenwurfzeiten sind durch den Einsatz eines Schattenabschaltmoduls sichergestellt.

Die Standsicherheit der umliegenden Windkraftanlagen bleibt weiterhin durch Einrichtung sektorieller Betriebsbeschränkungen gewährleistet.

Insgesamt sind nach überschlägiger Prüfung keine erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen bei Umsetzung des geplanten Vorhabens zu erwarten.

Diese Feststellung ist nicht selbstständig anfechtbar.

Rechtsgrundlagen

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Februar 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 58)

Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. November 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 355)

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323)

Landesamt für Umwelt
Abteilung Technischer Umweltschutz 1
Genehmigungsverfahrensstelle Ost